



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 38
Fernschreiber 0886890

P/XIV/62 - 16. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
?	Wenn Generale reden ... Vor dem Sturz in das Nichts ?	41
2	Überraschungen aus Frankreich Schuß vor den Bug der NATO - Die Gemeindewahlen	50
3 - 4	Kriegsopferversorgung und Bundesfinanzen Von H.S. Ritzel Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages	74
5	Die alte Masche: Verdächtigungen ! Zu Adenauers Wahleröffnungsrede in Hannover	31
6 - 7	Zweiter Bildungsweg - Brücke zwischen neuer Wirklichkeit und altem Schulsystem ? Die Tagung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft in Frankfurt/M.	58

* * * * *
* * *

Wenn Generale reden ...

sp - Das hat uns noch gefehlt! Der Stabschef der amerikanischen Armee, General Taylor, hat die Welt von seinem Munech unterrichtet, die USA-Armee auf 925.000 Mann zu verstärken, während der USA-Luftwaffen-Generalstabschef, General White, erklärte, es gäbe dafür "kein reales Erfordernis". Beide Generale behaupten, ihre Erklärungen seien "durch eine scharfe Zensur gegangen". Zu gleicher Zeit stellt der demokratische Senator Mansfield "sehr ernsthaft" die Frage, ob die Vereinigten Staaten angesichts der Situation in Berlin nicht die Angehörigen der in Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten aus der Bundesrepublik evakuieren sollten.

Das alles spielt sich vor dem Hintergrund des ungelösten Berlin- und Deutschland-Problems ab. Es ist der Ausdruck einer schrecklichen Unsicherheit, die deshalb so verwirrend wirkt, weil sie nicht zugeben will, daß sie durch das Unvermögen entstand, den politischen Schachzügen Moskaus mit politischen Maßnahmen zu begegnen.

Ob Taylor oder White - beide amerikanischen Generale sind sich völlig darüber klar, daß der Versuch, das Berlin- oder Deutschland-Problem mit militärischen Mitteln zu lösen, ein Sturz in das Nichts, ein Absinken in die Vernichtung Europas ist. Als ob uns und der Welt mit der Feststellung geholfen werden könnte, man sei in der Lage, den Gegner zu zerschmettern, oder man müsse sich zunächst einmal zurückziehen! Wundert sich noch jemand darüber, daß unter diesen Umständen ein so kluger Mann wie Mansfield von der Evakuierung amerikanischer Staatsbürger aus der Bundesrepublik spricht?

Aber zur Sache: Die widersprechenden Erklärungen der beiden Generale, das Schauspiel des Durcheinanders, das sie vor der ganzen Welt geben, läßt vermuten, daß den entscheidenden Politikern in den USA das Gesetz des Handelns aus der Hand gegliitten ist. Wie wäre es sonst möglich, daß rivalisierende Experten wenige Stunden vor der groß angekündigten Rede des Präsidenten an das amerikanische Volk jenen Takt vermissen lassen, der nun einmal in so schwierigen Situationen notwendig ist?! Das Ganze mutet an wie eine schlechte Tragikomödie, bei der nur noch fehlt, daß auch die russischen Generale der Welt verkünden, sie könnten "jeden zerschmettern". Dann wären wir mitten drin in jener furchtbaren Situation, in der man nicht mehr von politischen Ausgleichsmöglichkeiten, von Verhandlungen, sondern nur noch von Geschwadern, Raketen und Divisionen redet.

Es ist zu hoffen, daß Präsident Eisenhower in seiner Rede an das amerikanische Volk Andeutungen darüber macht, wie sich die Weltmacht USA die politische Lösung der auf der Tagesordnung stehenden Probleme herkt.

Überraschungen aus Frankreich

sp - Unsere französischen Nachbarn haben die Welt am vergangenen Wochenende wieder einmal überrascht. Ihre Regierung verkündete, die französische Mittelmeerflotte werde im Kriegsfall nicht unter NATO-Befehl stehen. Frankreich habe, so heißt es, "eigene wichtige Aufgaben in Nordafrika" zu erfüllen und könne daher keine weiteren Verpflichtungen übernehmen. Diese Ankündigung ist natürlich ein Schuß vor den Bug der NATO. Man rätselt jetzt darüber, was de Gaulle gerade in dieser Situation veranlaßt haben könnte, eine solche schwerwiegende Entscheidung zu befürworten. Die Amerikaner sind "sauer", und aus den anderen NATO-Mitgliedstaaten hört man herbe Kritiken.

Im Grunde genommen ist diese französische Entscheidung nur ein Glied in der Kette von Maßnahmen, die sehr deutlich zeigen, wie gering Paris den Wert des NATO-Bündnisses einschätzt. Das begann mit dem Abzug der französischen NATO-Divisionen aus der Bundesrepublik und deren Verlagerung nach Nordafrika. Dort stehen jetzt rund 600 000 Mann französische Soldaten, die eigentlich zum europäischen NATO-Kontingent gehören. War man seinerzeit doch geneigt, die Mißstimmung unter den NATO-Partnern mit Stillschweigen zu überwinden, so zeigte sich im Dezember vergangenen Jahres die deutliche Abkühlung, als de Gaulle den vergrößerten Einfluß Frankreichs in der NATO durch Einrichtung einer Dreier-Führungsspitze (USA, Großbritannien, Frankreich) forderte. Die Amerikaner verweigerten die Erfüllung dieser Forderung. Wenig bekannt ist, daß kurze Zeit darauf die USA auch die Forderung aus Paris ablehnte, französische U-Boote mit Atommotoren auszurüsten. Umgekehrt verlangte de Gaulle, daß auf französischem Boden stationierte amerikanische Atomwaffen ausschließlich der Verfügungsgewalt des französischen Generalstabs unterstellt werden, anderenfalls die Stationierung nicht genehmigt werde. Der politische Hintergrund zu diesem Hin und Her ist ein Ausspruch de Gaulles, der kürzlich in Toulouse verkündete, Frankreich sei "eine Großmacht, die niemandem etwas schulde ..."

Die andere Überraschung: Bei der Stichwahl zu den Kommunalwahlen am letzten Sonntag hat sich die Position der Kommunisten weiter verstärkt. In den Pariser Vororten z.B. sind von den 60 Abgeordneten, die von den Gemeindeparlamenten in den Generalrat des Departements entsandt werden, 30 Kommunisten. Auch in vielen anderen großen Gemeinden und Städten werden die Kommunisten in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Die Kommunalpolitiker haben nämlich in Frankreich die Zusammensetzung des neuen Senats zu bestimmen. Nach dem bisher vorliegenden Wahlergebnis ist damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung, die rechtsorientiert ist, einen linksorientierten Senat zum Gegenspieler haben wird. Da die Kommunisten auch in den Betrieben sehr aktiv sind und vielerorts mit den christlichen und freien Gewerkschaften "Aktionsgemeinschaften" bilden konnten, hat Moskau jetzt einen Hebel in Frankreich in der Hand, mit dem es gegebenenfalls auch einen de Gaulle unter Druck setzen kann. Parallel zu dieser Entwicklung vollzieht sich allerdings eine Sammlung der nichtkommunistischen Linkskräfte, die jedoch noch nicht stark genug sind, um einen entscheidenden Einfluß ausüben zu können.

In jedem Fall bleibt die französische Innen- und Außenpolitik weiterhin problematisch. Diese Tatsache wird auch das "Regime des starken Mannes" nicht verschleiern können.

Kriegsopferversorgung und Bundesfinanzen

Von E.G.Ritzel

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1959 schreiten im Haushaltsausschuß rüstig vorwärts. Es wäre aber eine Illusion anzunehmen, daß eine gründliche Beratung eines Haushalts von 39,1 Milliarden DM einschließlich der zweiten und dritten Beratung im Plenum des Bundestages bis zum 31. März 1959 erfolgen könnte. Soeben ist der Haushaltsausschuß in die Beratung der ersten Kapitel des Militärhaushalts eingetreten. Die Beratung des Haushalts des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung ist noch nicht erfolgt!

Gleichwohl stellt sich für den Haushaltsausschuß in Kürze die Frage, welche Haltung der Bundestag zu der Forderung der Kriegsopfer einnehmen muß und einnehmen kann. Die Haltung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist klar. Sie bejaht die berechtigten Forderungen der Kriegsopfer und ist der Auffassung, daß deren Deckung möglich gemacht werden kann. Um aber einen Überblick über die Situation zu erlangen, muß auf wenige Zahlen verwiesen werden: Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, die auch die bisherigen Ansätze für die Kriegsopferversorgung enthalten, betragen im ganzen 8,9 Milliarden DM. Davon nimmt die Kriegsopferversorgung den Betrag von 3,3 Milliarden DM in Anspruch. Andererseits beansprucht der Bundesminister für Verteidigung im Jahre 1959 die Summe von 10,5 Milliarden DM.

In einer inneren Verbindung damit stehen die Verteidigungslasten aus Anlaß des Aufenthalts ausländischer Streitkräfte (Berlin!) mit 578,5 Millionen DM. In ihrem Planentwurf hat die Bundesregierung im Verteidigungshaushalt eine Minderausgabe von 2 Milliarden DM zur Herbeiführung des Haushaltsausgleichs vorgesehen. Sie hält diese Minderausgabe für vertretbar, weil erfahrungsgemäß die Ausgabebewilligung im Laufe des Rechnungsjahres nicht voll in Anspruch genommen wurde und überdies mit Einsparungen zu rechnen ist.

Die aufmerksame Beobachtung der Entwicklung der jüngsten Zeit zeigt, daß trotz aller Troßzügigkeit der Ausgaben im Bereich des Verteidigungsministeriums Grund zu der Annahme besteht, daß weitere Minderausgaben eintreten werden, die den Betrag von 2 Milliarden DM, den die Regierung vorgesehen hat, erheblich übersteigen werden. Hier ist die

erste Deckungsmöglichkeit für eine Verbesserung der Kriegsopferversorgung durch Erhöhung der Grundrenten gegeben.

Es handelt sich dabei aber nicht nur um eine finanzpolitische Überlegung, sondern um mehr. Die Leistungen der Kriegsopferversorgung beruhen auf einem Rechtsanspruch und nicht auf sozialpolitischen Erwägungen. Hier offenbart sich auch der tiefe Widerspruch zu der ganz anders gearteten Auffassung des Bundesarbeitsministers, der mit seinen Vorschlägen eine Bedürftigkeitsklausel in die Neuregelung der Kriegsopferversorgung hineinbringen will. Der innere Zusammenhang, der über die Deckungsmöglichkeit aus dem Verteidigungshaushalt weit hinausgeht, ist in der Tatsache zu erblicken, daß die gleichen Rechtsgrundsätze, die für die heutige und wohl auch künftige Kriegsopferversorgung gelten, auch auf die Pflichtsoldaten des aktiven Dienstes und die zu Übungen einberufenen und einzuberufenden Reservisten Anwendung finden.

Es ist den Kriegsopferverbänden dafür zu danken, daß sie die absolute Unzulänglichkeit dieser Versorgung gegenüber den Rechtsansprüchen und Renten von Unfallrentnern dargelegt haben. Mit diesen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Leistungsvergleichen haben die Kriegsopferverbände ein sehr ernstes Problem angesprochen, das auch staatspolitisch von entscheidender Bedeutung ist.

Wer die Verteidigung bejaht und wer von den Soldaten schon während der Ausbildung und erst recht im Falle eines Krieges den vollen Einsatz verlangt, der muß auch die Verpflichtung spüren und ihr praktischen Ausdruck geben, die in einer zufriedenstellenden Versorgung besteht!

Daß wir bisher rund 3,5 Milliarden DM jährlich für die Kriegsopferversorgung geleistet haben, ist eine traurige Hypothek zweier Weltkriege. Das deutsche Volk muß wissen, welche Opfer auf die Dauer von ihm in materieller Hinsicht verlangt werden. Die deutschen Kriegsopfer haben ein Recht auf eine zufriedenstellende Regelung ihrer berechtigten Forderungen. Die Vermeidung sozialpolitischer Spannungen überwiegt an Bedeutung die Forderungen auf materielle Befriedigung der Aufrüstung. Eine nüchterne und der Sache gerechtwerdende Betrachtung führt zu dem Ergebnis, daß die Kriegsopferversorgung in diesem Jahre 1959 geregelt werden muß und kann und daß jede Hinausschiebung der endgültigen Regelung angesichts der drohenden Entwicklung der nächsten Rechnungsjahre die Gefahr weiterer Beeinträchtigungen enthält.

Die alte Masche: Verdächtigungen

sp - Die Bemerkung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer in Fürth, er und seine Partei würden der Sache des deutschen Volkes nicht dienen, wenn sie in der Endphase einer verfehlten Aussenpolitik einen "Burgfrieden" mit der Bundesregierung schliessen würden, liess den Bundeskanzler wieder einmal in der ihm so zugeschnittenen Rolle eines Verdächtigens der deutschen Sozialdemokratie auftreten. Diesmal wählte er das Forum der niedersächsischen CDU, vor dem am Sonntag der Landtagswahlkampf in Niedersachsen eröffnet wurde. Adenauer sagte, eine solche Haltung der SPD wecke in Moskau nur den Glauben und die Hoffnung, dass die SPD eines Tages ans Ruder komme und - laut opa - "die Sache für Russland dann wesentlich einfacher sein werde."

Ob diese grobe Diffamierung einer grossen Partei der CDU in Niedersachsen den erwünschten Nutzen einbringen wird, dürfte sich erst am Wahltag selbst erweisen. Bei den Wahlen für den hessischen Landtag im Herbst vergangenen Jahres trat bekanntlich das Gegenteil ein. Die hessische CDU musste auf Grund der Kasseler Rede ihres Parteivorsitzenden sehr viele Federn lassen. Sie kam, da sie fast nur Diffamierungen der Sozialdemokratie enthielt, bei den Wählern nicht an. Die Landesführung der hessischen CDU hütete sich denn auch, den Bundeskanzler weiterhin als ein zugkräftiges Wahlpferd einzuspannen; sie liess ihn in Bonn sitzen.

Die CDU hat den Wahlteil des Bundeskanzlers selbst zu verantworten. Er trägt ihr keine Ruhmesblätter ein. Die Sozialdemokratie ist solche Verdächtigungen gewohnt, sie wird sie entsprechend beantworten. Der Demokratie aber und der Sache des ganzen deutschen Volkes ist mit solchen Methoden der Diffamierung und der schon böswilligen Unterstellungen nicht gedient. Es kennzeichnet den ganzen kleinlichen Geist dieses Mannes, dessen Aussenpolitik vor aller Welt sichtbar in die Ausweglosigkeit geriet, dass er in der Auseinandersetzung mit einer staatstragenden Opposition sich auf eine Ebene begibt, wie sie die Zerstörer der Weimarer Republik zu beziehen pflegten.

Zweiter Bildungsweg -

Brücke zwischen neuer Wirklichkeit und altem Schulsystem?

hm. - In jedem 8. Schuljahr einer achtklassigen Volksschule sind im Durchschnitt zwei Volksschüler, die das Zeug zu einer höheren Bildung haben. Ihre Zahl entspricht in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen beinahe der Zahl junger Menschen, die als Abiturienten eine höhere Bildung tatsächlich erhalten. - Diese Antwort gab der hessische Kultusminister Professor Schütte auf die Frage, ob denn für die Institutionen des "zweiten Bildungsweges" überhaupt genügend begabte Menschen zu finden seien. Sie zeigt, in welchem weiten Beziehungsfeld die Frage nach dem Ausbau eines zweiten Bildungsweges gestellt ist.

Das dürfte allen deutlich geworden sein, die am 14. März in Frankfurt an der Tagung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft über den zweiten Bildungsweg teilgenommen haben. Willi Eisler, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sprach gleich in der Begrüßung die Frage aus, die alle Vorträge und Diskussionen des Tages bewegte: Welche Bedeutung hat der zweite Bildungsweg bei den Bemühungen, in der neuen industriellen Revolution unser Erziehungs- und Bildungswesen den Aufgaben der Zeit anzupassen? So war denn auch die Frankfurter Tagung, an der hervorragende Sachkenner beteiligt waren, keine Fachtagung über enge pädagogische und schulorganisatorische Spezialprobleme, sondern ein Glied in der Kette verstärkter Bemühungen um das Erziehungs- und Bildungswesen, die in der Sozialdemokratischen Partei mit dem Münchener Parteitag begonnen haben.

Nach einer kurzen Einführung des Tagungsleiters, Senator Landahl, Hamburg, sprachen Professor Dr. Adolf Schwarzlose, Berlin, über "Gesellschaftspolitische Voraussetzungen des zweiten Bildungsweges" und Kultusminister Professor Dr. Ernst Schütte, Wiesbaden, über "Pädagogische Voraussetzungen des zweiten Bildungsweges". Erfahrungsberichte aus der praktischen Arbeit gab der Stadtschulrat Dr. Otto Harde, Duisburg, Studienrat Dr. Walter Jacobi, Braunschweig, Professor Dr. Otto Morsheimer, Wiesbaden, und Landtagsabgeordneter Wörster, München.

Beim zweiten Bildungsweg geht es um gesellschaftspolitische und pädagogische Forderungen. Die herrschende Pädagogik geht zwar den soziologischen Fragen gern aus dem Wege, aber gerade auf sie kommt es an. Schulsysteme sind nicht als Anpassung an Begabungstypen einer psychologisierenden Typenbildung, sondern aus gesellschaftlichen Entwicklungen entstanden. Schulen wurden immer nach gesellschaftlichen Notwendigkeiten organisiert. Gesellschaftliche Notwendigkeiten gaben in unserer Zeit der Jahrzehnte-alter Forderung eines zweiten Bildungsweges neben dem traditionellen ersten Bildungsweg (über die Gymnasien) neue Aktualität. - Die Umwälzungen unserer Zeit erfordern eine allgemeinere Erziehung des Bildungsniveaus, sie erfordern mehr Können und Wissen, vor allem in Naturwissenschaften und Technik, mehr Nervenarbeit statt Muskelarbeit, mehr Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, mehr Fähigkeit zu weitgehender Abstraktion, sie erfordern - was man oft nicht gern zugeben möchte - mehr Spezialisierung.

Als allgemeine Folgerungen ergeben sich aus dieser Einsicht: Ein höherer Ausbildungsstand in den mittleren Ebenen muß angestrebt werden. Die Schule muß von der Notwendigkeit der Spezialleistung Kenntnis nehmen. Bildungsinhalt und Bildungsorganisation müssen geändert werden.

Was kann der zweite Bildungsweg zu diesen Aufgaben beitragen? Der zweite Bildungsweg ist im berufsbildenden Schulwesen entstanden. Er ist Ausdruck eines Protestes gegen die Trennung von Bildungswelt und Arbeitswelt und dagegen, daß über den ersten Bildungsweg, der von der Arbeitswelt getrennt bleibt, auch die leitenden Funktionen in der Arbeitswelt besetzt werden. Der zweite Bildungsweg will in enger Verbindung mit der Berufs- und Arbeitswelt eine Folge von Ausbildungsstufen und Berechtigungen schaffen und dem "ersten" Bildungsweg als andersartig aber gleichrangig entgegenstellen. Ansätze dazu findet man heute - wie die Erfahrungsberichte ergaben - in den Berufsaufbauschulen, in der sogenannten Fachschulreife, in den besonderen Instituten, die erwachsenen Menschen nach Abschluß der Berufsausbildung die Hochschulreife vermitteln (Oberhausener Institut, Braunschweig-Kolleg, Hessen-Kolleg, Akademie für Gemeinwirtschaft u.a.m.). Diese Einrichtungen gleichen heute noch eher einem schmalen Pfad als einem breiten Weg, und ihre Wirksamkeit ist entscheidend abhängig vom Ausmaß der finanziellen Unterstützung, die die öffentliche Hand den Absolventen des zweiten Bildungsweges gewähren kann.

Beinahe wichtiger und bedeutsamer muß aber erscheinen, daß von beiden Referenten der Frankfurter Tagung der Wunsch ausgesprochen wurde, der zweite Bildungsweg möge zur Umgestaltung des ersten beitragen, er möge als eine ständige Anklage so lange bestehen bleiben, bis allgemein die neue gesellschaftliche Rolle der Bildungsanstalten endlich erkannt sei, bis endlich die betonte Eigenständigkeit der verschiedenen Schulformen zurücktrete, bis endlich die Trennung von Arbeitswelt und Bildungswelt aufgehoben werde, bis endlich erkannt sei, daß die Gesellschaft der Zukunft nur als Bildungsgesellschaft (Drucker) eine Gesellschaft freier Menschen bleiben kann.

So kam Schwarzlose zu dem Ergebnis, die allmähliche Auflösung des zweiten Bildungsweges sei dann sinnvoll, wenn der Inhalt seiner Forderungen in allgem. ein Bildungswesen verwirklicht worden sei.

Heute aber ist der zweite Bildungsweg, ist sein weiterer Ausbau dringend notwendig. Er kann wenigstens für eine Anzahl von jungen Menschen die Fehler unseres gegenwärtigen Schulsystems ausgleichen. Er ist in seiner vollen Bedeutung erst begriffen, wenn er nicht statisch, sondern dynamisch verstanden wird; verstanden wird als der Motor, der dazu beiträgt, unser Erziehungs- und Bildungssystem den neuen Wirklichkeiten anzupassen.

+ + +